

Presse-Information

07. Mai 2008



Fünf Forderungen des Eine Welt Netzwerks Hamburg

Entwicklungspolitische Initiativen in Hamburg erwarten von der neuen Regierung mehr Engagement

Nicht einmal eine Seite lang sind die Vereinbarungen zum Thema „Europa/Internationales“ im Hamburger Koalitionsvertrag: Die erste Städtepartnerschaft mit einer afrikanischen Metropole strebt der neue Hamburger Senat an, das Eine-Welt-Engagement der Zivilgesellschaft möchte er stärken und sich dafür einsetzen, dass die norddeutschen Bundesländer zukünftig ihren öffentlichen Einkauf auf „Fair Trade“ umstellen. „Das Thema Entwicklungspolitik wird nebenbei gestreift“, sagt Rebecca Lohse, Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerks Hamburg, dem Dachverband von rund 100 entwicklungspolitischen Vereinen und Initiativen in der Hansestadt. Zudem seien die Vereinbarungen sehr vage und unverbindlich, so Lohse.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg begreift Entwicklungspolitik jedoch auch als Querschnittsaufgabe für alle Fachbehörden und nahm deshalb einige weitere Ausführungen des Vertrags unter die Lupe und erstellte fünf Forderungen an den neuen Senat und die Abgeordneten der Bürgerschaft.

- 1. Transparenz und finanzielle Stärkung der Entwicklungspolitik!**
- 2. Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und MigrantInnen!**
- 3. Historisch verantwortungsvolle Gestaltung öffentlicher Räume!**
- 4. Erkennbare Beiträge zur Gestaltung eines gerechten Welthandels!**
- 5. Umsetzung des Konzepts „Globales Lernen“ in Hamburger Schulen!**

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg begrüßt den in der Präambel des Koalitionsvertrags festgeschriebenen Willen, dass alle hier lebenden Menschen mit dem Gefühl der Sicherheit leben und ihre Freiheiten und Rechte garantiert sehen sollen. Keineswegs schwenkt das Eine Welt Netzwerk Hamburg nun auf einen Kurs von Überwachung ein, der mittlerweile mit dem Begriff Sicherheit verknüpft ist. Im Gegenteil: Sicherheit für alle in Hamburg lebenden Menschen bedeutet für das EWNW auch, dass sich Menschen egal welcher Herkunft in der Hansestadt frei bewegen können und sich nicht vor rassistischen Angriffen und Kontrollen fürchten müssen. Insofern unterstützt es auch nachdrücklich den erklärten Willen der Koalitionspartner, allen Kindern und Jugendlichen eine gleiche Startchance ins Leben zu geben. „Wir erwarten, dass die reiche Hafenmetropole endlich eine weltoffene Politik gestaltet, in der zum Beispiel Kinder ohne Angst vor Abschiebung in die Schule gehen können“, sagt Lohse.

Weitere Forderungen des Eine Welt Netzwerks Hamburg an die Politik sind in dem Positionspapier „hamburg entwickeln!“ (Download www.ewnw.de) zu finden. Das EWNW und seine Mitglieder unterstützen und beraten den Hamburger Senat gern bei der Umsetzung dieser Forderungen.

Für weitere Informationen:

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW)

Anke Schwarzer - Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

Große Bergstraße 255, 22767 Hamburg

Tel.: 040 - 358 93 86

anke.schwarzer@ewnw.de

www.ewnw.de

Fünf Forderungen des Eine Welt Netzwerks Hamburg an den neuen Senat und die Abgeordneten der Bürgerschaft:

1. Transparenz und finanzielle Stärkung der Entwicklungspolitik!

Die Hamburger Entwicklungspolitik muss transparenter gestaltet werden und klaren Leitlinien folgen, die im Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen aufgestellt werden. Die Einsetzung eines Entwicklungspolitischen Beirates ist deshalb nicht nur zu prüfen, wie es im Koalitionsvertrag heißt, sondern endlich umzusetzen! Außerdem fordern wir die Einhaltung des Wahlversprechens der GAL, das Engagement der Eine-Welt-Initiativen finanziell durch eine verlässliche Basisförderung zu stärken.

2. Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und MigrantInnen!

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg ist nicht damit einverstanden, dass lediglich geprüft werden soll, wie die Gesundheitsvorsorge und -versorgung verbessert werden kann. Wir fordern den Senat auf, konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, die die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne gültige Aufenthaltstitel nachhaltig ermöglicht, etwa indem Krankenhäuser illegalisierte Menschen aufnehmen, ohne sie der Polizei zu melden. Außerdem erwarten wir die Abschaffung des Schulzentralregisters - wie es die GAL noch vor der Wahl gefordert hatte -, die Einsetzung einer/s Migrationsbeauftragten sowie eine unabhängige Antidiskriminierungsberatung für MigrantInnen. Die menschenunwürdigen Abschiebungen sind sofort zu beenden und nicht nur, wie es im Koalitionsvertrag heißt, für „afghanische Familien mit Kindern“ oder zur „Nachtzeit“ auszusetzen!

3. Historisch verantwortungsvolle Gestaltung öffentlicher Räume!

Gebäude, Plätze und Straßen dürfen nicht mehr nach Kolonialisten benannt werden, wie dies zuletzt in der Hafencity (z.B. Magellan-Terrassen) geschehen ist. Daran würden auch ergänzende Texttafeln nichts ändern, wie von einigen KritikerInnen gefordert. Die vor kurzem aufgestellte Schimmelmann-Büste, die einen Menschenhändler ehrt, ist zu entfernen. Auf dem Gelände der bisher als „Tansania-Park“ bezeichneten Stätte in der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne ist ein Ort des Lernens und des Gedenkens zu schaffen, der den Opfern von Kolonialismus und Rassismus gerecht wird. Der vom Bezirk berufene Beirat wird aufgefordert, seine bisherigen Überlegungen in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. An den weiteren Planungen sind VertreterInnen der Schwarzen Community in Hamburg zu beteiligen.

4. Erkennbare Beiträge zur Gestaltung eines gerechten Welthandels!

Als Hafen- und Handelsstadt mit jährlich steigenden Umschlagszahlen sollte sich Hamburg stärker für einen gerechten Handel einsetzen! Als erste konkrete Schritte sollten verbindliche Regelungen eingeleitet werden, damit Hamburgs öffentliche Hand nur noch fair gehandelte und umweltverträglich erzeugte Produkte (Computer, Textilien, Steine, Lebensmittel, etc...) einkauft.

5. Umsetzung des Konzepts „Globales Lernen“ in Hamburger Schulen!

Durch eine verbesserte Bildung kann ein Umdenken erreicht und ein Bewusstsein von einer Entwicklung hin zu einer gerechten Welt geschaffen werden. Deswegen sind hier die Verpflichtungen des „Globalen Lernens“ umzusetzen und eine Bildung für nachhaltige Entwicklung besonders zu stärken. Des Weiteren muss in Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen der öffentlichen Verwaltung der Anteil an MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund entsprechend dem Bevölkerungsanteil erhöht und die interkulturelle Arbeit gestärkt werden.